

Mobile Beratung auf dem Drahtseil Vom Balanceakt, im Gemeinwesen demokratiefreundlich mit Demokratiefeinden umzugehen

Stellen wir uns eine Gemeinde irgendwo in Brandenburg vor. Jährlich findet dort ein Sommerfest statt, das in der Bevölkerung große Beliebtheit genießt. Es bietet die Möglichkeit für Zusammenkunft, Geselligkeit und Vergnügen, es gibt ein kleines Rahmenprogramm mit Musik, Spiel und Spaß, Politik spielt inhaltlich keinerlei Rolle. Die Organisation des Gemeindefestes wickelt in enger Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung eine Veranstaltungsagentur ab.

Beim letzten Sommerfest wurde bekannt, dass eine Gruppe durch Pöbeleien und rechtsextreme Symbolik in Erscheinung getreten war. Besonders brisant: Dabei handelte es sich um Mitglieder einer jenen Mannschaften, die am Sommerfest im Rahmen eines Wettkampfes teilgenommen hatten. Von einzelnen Sportler*innen aus der Gruppe ist bekannt, dass sie der rechtsextremen Szene zugehören. Und da sich diese Mannschaft als ortsansässiger Sportverein erneut für das kommende Gemeindefest angemeldet hat, besteht bei der Organisationsrunde nun akuter Beratungsbedarf.

Wie geht die Bürgerschaft damit um, wenn Rechtsextreme ein unpolitisches Gemeindefest mit ihrer bloßen Teilnahme niedrigschwellig, aber unweigerlich politisch aufladen und für ihre Zwecke missbrauchen? Ignorieren oder reagieren? Radikal rechten Bürger*innen Bürgerrechte absprechen oder sie als Teil der Stadtgesellschaft sehen, mit deren Ansichten man sich in einer Demokratie politisch auseinandersetzen muss? Oder haben offenkundige Feind*innen der Demokratie ihre demokratischen Grundrechte verwirkt? Darf man Sportler*innen von einem Wettbewerb ausschließen, weil sie eine bestimmte Meinung vertreten, so inakzeptabel man diese auch bewerten mag? Ist ein Ausschluss der Rechtsextremen, denen während der Gemeindeveranstaltungen bisher keine strafrechtlich relevanten Handlungen nachgewiesen werden konnten, gar die Reproduktion demokratiefeindlicher Fantasien? In diesem Artikel soll es um die Klärung dieser und ähnlicher Fragen gehen. Insbesondere jener, wie Mobile Beratung in einem solch ambivalenten Kontext, wo es offenbar an eindeutigen Antworten fehlt, aussehen kann.

PHASE 1: Genese des Problems

Zum Selbstverständnis gehört bei den Mitgliedern der Mobilen Beratungsteams des Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos, dass sich diese nicht als politische Akteur*innen verstehen, sondern als Berater*innen. Das bedeutet in der Praxis, dass es immer eines Auftrages von Menschen vor Ort bedarf, um aktiv zu werden. Und aktiv werden bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass ein eigenes Interesse verfolgt oder eine schablonenhafte Lösung präsentiert wird. Es bedeutet, den Auftraggeber*innen zuzuhören, auf ihre Ressourcen zu schauen, gemeinsam Möglichkeiten und Grenzen des Machbaren auszuloten sowie durch Nachfragen und Anmerkungen Impulse zu setzen, die das Potenzial haben, die Perspektive der Menschen zu erweitern. Damit wird der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ verfolgt. Hierbei kommt den Beratenden die Aufgabe zu, die Beratungsnehmenden mit dafür dienlichen Fragen zu einer möglichst selbstständigen und ganzheitlichen Beschreibung ihrer Situation und einer für sie passenden Problemlösung zu befähigen. Die Beratungsnehmenden werden dabei als Expert*innen für ihren Ort, die darin handelnden Personen und Zusammenhänge betrachtet. Diesem Verständnis von professioneller Beratungshaltung folgend, entstehen Beratungsprozesse mit dem MBT erst dann, wenn eine Problemlage innerhalb eines Gemeinwesens wahrgenommen wird und von Menschen vor Ort bearbeitet werden möchte. Eine hierbei nicht unbedeutende Einflussvariable ist oftmals die Intensität des Problemdrucks. Dieser kann in erheblichem Maße auch von externen Faktoren und Geschehnissen abhängen.

Denken wir uns zurück in unsere Gemeinde und spielen ein mögliches Szenario durch, das den Problemdruck von außen nachhaltig erhöht: Als das nächste Sommerfest langsam näher rückt, veröffentlicht der brandenburgische Verfassungsschutz eine Stellungnahme zu dem Verein. Demnach würden einschlägig bekannte und über die Kreis- und Landesgrenzen hinaus bestens vernetzte Rechtsextreme die Mitgliederliste prägen. Diese seien auch an der Gründung des Vereins maßgeblich beteiligt gewesen. Die Verfassungsschützer erklären den Verein als „eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung“ zu ihrem Beobachtungsobjekt. Diese Einschätzung trifft die Gemeinde ins Mark. Es folgen landesweite Berichterstattungen. Plötzlich geht es um den Ruf und das Image der Gemeinde. Spätestens jetzt wird vielen Leuten vor Ort klar: Unabhängig davon, wer bei der Organisation des Sommerfestes rechtlich die Verantwortung trägt, im Endeffekt hat die bisherige Nichtbearbeitung des Themas schwerwiegende Folgen für die gesamte Gemeinde. Nun ist der

Problemdruck immens; jemand aus der Verwaltung greift zum Hörer und wählt die Nummer des Mobilen Beratungsteams.

PHASE 2: Die richtigen Leute an einen Tisch bringen

Die Person am Telefon lädt das MBT zu einer Beratungsrunde ein. In solchen Runden kommen oftmals sehr unterschiedliche Menschen zusammen und Sichtweisen zur Sprache. Die Aufträge an das Mobile Beratungsteam können dabei sehr unterschiedlich sein.

So zum Beispiel das Treffen bzw. die verschiedenen Positionen zu moderieren, Gesprächspartner zu sein oder einen Input aus der Rechtsextremismusforschung zu geben.

Gehen wir in unserem Fall einmal von vier Dingen aus: Erstens, das MBT nimmt die Funktionen des Gesprächspartners und Inputgebers ein. Zweitens, an der Runde nehmen das Gemeindeoberhaupt und die Verwaltung, die für das Sommerfest zuständige Veranstaltungsagentur sowie die für die Wettkampfororganisation verantwortliche Person teil. Drittens, zwischen Gemeindeverwaltung und Veranstaltungsagentur gibt es Unklarheiten, wer für politisch aufgeladene Zwischenfälle auf dem Sommerfest zuständig ist. Viertens, eine Person in der Runde ist entschieden anderer Meinung als die übrigen Teilnehmer*innen.

Für diese Rolle wählen wir jene Figur aus, die für die Organisation des Wettkampfes zuständig ist. Nennen wir sie Meier-Schultze. Zu den Aufgaben von Meier-Schultze gehören die Ablaufplanung des Wettkampfes, die Entgegennahme der Anmeldungen und die fortlaufende Kommunikation mit den Mannschaften sowie die Betreuung selbiger während des Sommerfestes. Meier-Schultze setzt sich vehement für die Teilnahme der rechtsextrem geprägten Mannschaft ein. Ein politisches Motiv für die Teilnahme sei nicht erkennbar, es ginge den überaus sympathischen Jungs und Mädels nur um den sportlichen Wettkampf und überhaupt sei Sport und Politik doch genauso voneinander zu trennen, wie ein Sommerfest und Politik.

PHASE 3: Das Problem gemeinsam erfassen

Auf derartige Argumentationen ließe sich vielfältig reagieren. Etwa durch ein Offenlegen von rechtsextremen Unterwanderungs- und Normalisierungsstrategien. Grundlage solcher Ansätze sind die lokalen Verankerungen Rechtsextremer als private sowie politisch aktive Persönlichkeiten im Ge-

meinwesen. Die Strategie zielt darauf ab, Themen vor Ort aufzugreifen und zu besetzen. Oftmals wird dabei suggeriert, sich um die von „denen da oben“ unbeachteten Sorgen der (deutschen) Anwohner*innen zu kümmern.

Man könnte aber auch den Bezug von rechtsextremer Ideologie zum gemeinsamen sportlichen Wettkampf über Werte wie Gemeinschaftssinn, Stärke und Kampf zum Thema machen. Der Fokus könnte dabei auf die Anziehungskraft solcher (ideologischen) Angebote auf Jugendliche gelegt werden.



„Blut und Schweiß, aber bloß keine Tränen“: Männlichkeitsbilder im Teamsport bieten auch ideologische Bezugspunkte für Rechtsextreme.

Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt wäre das Stellen der Frage, was denn politischer Raum sei, wenn nicht ein Zusammentreffen fast aller politischer Subjekte im Gemeinwesen. Können Versammlungen, Feste, Besuche von Sportveranstaltungen und Ähnliches überhaupt per se unpolitisch sein?

Diese Positionen werden das Weltbild einer Figur wie Meier-Schultze sicher nicht in den Grundfesten erschüttern, aber eventuell ein vorsichtiges Nachdenken über die für sie vielleicht ganz neuen Perspektiven bewirken.

Bei ihrer gemeinsamen Lageeinschätzung und Auslotung der Handlungsmöglichkeiten wird die Runde zu dem Schluss kommen müssen, dass man bei einem Ausschluss der Mannschaft rechtlich gesehen auf sehr dünnem Eis stehen dürfte. Denn Bürgerrechte gelten auch für (radikal) rechte Bürger*innen.

Hier geht es um weit mehr als um die Teilnahme oder Nicht-Teilnahme eines Sportvereins am Wettkampf des jährlichen Sommerfestes. Es geht um die Eckpfeiler des Zusammenlebens innerhalb der Gemeinde, um die Verteidigung demokratischer und universeller Grundwerte: In was für einer Gesellschaft möchte man vor Ort und in Deutschland leben? Wer darf dazugehören und wer nicht? Wie positioniert sich das Gemeinwesen zu demokratiefeindlichen Tendenzen und Personen sowie rechtsextremen Agitationsversuchen? Welchen Umgang wählt es mit Mitmenschen, die solchen Denkmustern folgen?

Letztendlich geht es um eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und den Gefahren, die von ihm ausgehen. So ist Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung der von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägten Ideologie für Rechtsextreme ein probates Mittel. Um Opfer rechtsextremer verbaler oder physischer Gewalt zu werden, können Herkunft, Aussehen, sexuelle Orientierungen, bestimmte Religionszugehörigkeiten oder soziale Stellungen, körperliche und geistige Gesundheitszustände oder Meinungen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, schon ausreichen.

Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit diesen schwierigen Themen beeinflusst in einem hohen Maße dann auch den Ruf und das Image der Gemeinde über die lokalen und regionalen Grenzen hinweg. Somit erübrigt sich auch die anfangs offene Zuständigkeitsfrage für politisch aufgeladene Konflikte während des Sommerfestes: Die Gemeindeverwaltung kann dieses Problem nicht auf die Veranstaltungsagentur auslagern. Eine Bearbeitung geht nur Hand in Hand. Es handelt sich hier also nicht um ein rechtliches, sondern um ein politisches Problem.

Dem dargestellten Diskurs folgend, könnte der kleinste gemeinsame Nenner der Beratungsrunde dieser sein: Bei unserem Sommerfest wird politische Agitation nicht geduldet! Politische Agitation kann aber auch mittels Zurschaustellung politisch aufgeladener Symbolik erfolgen. Daher könnte es eine Option sein, eine Festordnung mit klaren Regeln zu Kleidung und Auftreten aller Mannschaften zu verfassen. So wäre eine Teilnahme des rechtsextrem geprägten Sportvereins am Sommerfest lediglich nach den Spielregeln der Veranstaltenden möglich. Wenn es tatsächlich nur um den Wettkampf ginge, sollte es den Sportler*innen doch wohl möglich sein, diesen auch ohne jegliche Bezüge zur Ideologie des historischen Nationalsozialismus zu bestreiten! Eine weitere Überlegung könnte sein, das Gemeindefest unter ein Motto zu stellen, mit dem sich Rechtsextreme nicht gut identifizieren können und wollen. Meier-Schultze wird sich damit wohl nur schwer anfreunden können – und ist damit vielleicht auch nicht ganz alleine.

Hier lohnt sich immer ein Blick auf die möglichen Wirkungen von Handlungsoptionen: Ein Ausschluss der Mannschaft könnte auf Unverständnis bei anderen Teilnehmenden des Wettkampfs oder Gästen des Sommerfestes und für eine Solidarisierung mit den „Opfern“ einer solchen Entscheidung sorgen. Nach den öffentlichen Berichten durch Verfassungsschutz und Presse würde möglicherweise auch jede Änderung der Festordnung, der Teilnahmebedingungen oder die Verkündung eines künstlich aufgesetzten Mottos von den Bürger*innen als Symbolpolitik abgetan werden.

Vielfalt bedeutet auch, Menschen mit anderen Meinungen und Weltbildern auszuhalten. Man befindet sich gewissermaßen in einem Dilemma: Man möchte die Rechtsextremen nicht dabei haben, aber ihr Ausschluss wäre ein Eingriff in demokratische Bürgerrechte und eine Reproduktion rechtsextremer Ausschlussideologie. Doch das Bewusstmachen dieses Dilemmas macht es überhaupt erst möglich, sich diesem zu stellen und darin handlungsfähig zu werden. Zum Beispiel durch Fragen und Perspektivwechsel: Wie kann es gelingen, nicht die Menschen ins Zentrum des Problems zu stellen, sondern die problematischen Anteile ihrer Meinungen und Weltbilder? Oder anders formuliert: Wie kann es gelingen, als Gemeinde und Bürgerschaft immun gegen rechtsextreme Agitationsversuche zu werden?

PHASE 4: Das Problem inhaltlich bearbeiten

Eine solche inhaltliche Auseinandersetzung ist immer der schwierigere Weg – aber auch der nachhaltigste. Somit ist sie bestens geeignet für die Beratungsrunde in unserem Beispiel. Das kommende Gemeindefest soll schließlich nicht das letzte bleiben.

In der Praxis bedeutet dies, nicht nur in der Ablehnung der Rechten, weil sie rechts sind, zu verharren. Es bedeutet, im Gemeinwesen in den Diskurs zum Thema Rechtsextremismus zu gehen und dabei nicht nur an der Oberfläche zu kratzen. Keinesfalls geht es dabei darum, Menschen mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen nach dem Mund zu reden oder um faule Kompromisse oder diffuse Freundlichkeit. Ein Ansatzpunkt wäre beispielsweise, dass Rechtsextreme gerne gewisse Teile der Geschichte verherrlichen und umdeuten – und zwar teilweise so, dass diese Narrative auch bei nicht radikalen Menschen anschlussfähig sind und auf Interesse stoßen. Sei es die Glorifizierung von starken, überlegenen, hypermaskulinen, widerständigen Germanen und Wikingern als direkte Vorfahren „der Deutschen“ oder die Täter-Opfer-Umkehrungen im Kontext des Zweiten Weltkriegs. In einer Ahnenreihe mit wehrhaften Krieger*innen und eher mit Opfern als

Täter*innen zu stehen, mag für manche Menschen attraktiver klingen, als mit der Schuld an zwei Weltkriegen, Massenmorden und dem Holocaust konfrontiert zu sein. Das Narrativ der wehrhaften Opfer könnte aus Sicht von Rechtsextremen vereinfacht so lauten: „Wir als Deutsche waren Opfer von Verschwörungen unserer Feinde, der Alliierten, der völlig überzogenen Restriktionen des Versailler Vertrages, des jüdischen Kapitalismus und Bolschewismus [...], aber wir sind schließlich wehrhaft und ließen das nicht auf uns sitzen. Wer angegriffen wird, muss sich auch verteidigen dürfen!“. Hier könnte man in die Auseinandersetzung mit diesen von Rechtsextremen gepflegten Geschichtsmythen gehen, statt den Diskurs darüber als geschichtsrevisionsistisch von vornherein zu tabuisieren. Ein Tabu erhöht im Zweifel eher die Anziehungskraft solcher Mythen. Dann fehlt es an einer Einordnung in Kontexte, anderen Perspektiven sowie einer Entmystifizierung rechter Narrative, Codes und Deutungsmuster. Und somit fehlt es auch konkret an Erkenntnis, was daran in den Realitäten der Bürger*innen denn nun so problematisch sei. Den Rechtsextremen überlässt man auf diese Weise im schlimmsten Fall die Deutungshoheit. Durch eine inhaltlich wenig begründete Ablehnung ihrer Haltungen und ihrer Personen als Menschen können sie zudem die geliebte Märtyrer- und Opferrolle für sich reklamieren, ohne selbst großen Aufwand betreiben zu müssen.

Auseinandersetzungen und Diskurs sollten eher nicht direkt mit den Rechtsextremen geführt werden. Im Mittelpunkt sollte das Erhöhen der Urteilsfähigkeit aller anderen Bürgerinnen und Bürger innerhalb des Gemeinwesens stehen. Es darf dabei auch kontrovers werden. Am Ende geht es darum, die Menschen da abzuholen, wo sie stehen. Es geht darum, dafür zu sensibilisieren, welche Auswirkungen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen in den konkreten Lebenswelten der Menschen im Gemeinwesen haben können und welche Gefahr für den sozialen Frieden darin steckt.

In unserem Beispiel bedeutet dies ein Balanceakt entlang eines schmalen Grats: Einerseits soll der Fokus beim Sommerfest nicht auf den rechtsextrem geprägten Verein gelenkt werden, ohne das Problem dabei zu verharmlosen – andererseits möchte man klar Haltung zeigen, ohne zu skandalisieren. Dieser Ansatz birgt ein weiteres Dilemma: Es wird sowohl jene geben, die in dieser Strategie eine Ignoranz der rechtsextremen Gefahr sehen, als auch solche, die eine Reaktion auf das von außen durch Verfassungsschutz und Presse befeuerte Thema ins Lächerliche ziehen und für eine entsprechende Abgrenzung nutzen wollen. Mit Kritik wäre jedenfalls von verschiedenen Seiten zu rechnen. Die Begleitung derart herausfordernder Prozesse ist Aufgabe des Mobilien Beratungsteams.

Meier-Schultze, weiterhin fester Bestandteil der Beratungsrunde, ist die zusätzliche Aufgabe lästig. Mittlerweile dürfte zwar ein größeres Verständnis für die Problemlage gewachsen sein, aber im Vordergrund dürften für Meier-Schultze wahrscheinlich nach wie vor ein reibungsloser Wettkampf und eine nicht zu große Belastung der Beziehung zu den teilnehmenden Sportler*innen stehen. Warum also nicht selbst pragmatisch Fakten schaffen? Gehen wir mal davon aus, dass Meier-Schultze das Gespräch mit der strittigen Mannschaft sucht. Die Vereinsmitglieder signalisieren dabei ihre Bereitschaft, beim Sommerfest künftig unauffällig und unpolitisch auf- und antreten zu wollen. Eine freiwillige (zumindest optische) Deradikalisierung der Radikalen. Zu diesem Zeitpunkt wäre das eine unerwartete Wendung! Aber Vorsicht: Erinnern wir uns an die o.g. Unterwanderungs- und Normalisierungsstrategien, könnte eine solche Wendung auch einem Plan folgen. Vielleicht handelt es sich also gar nicht um ein Zugeständnis, politische Agitation zu unterlassen, sondern um das Schaffen einer Möglichkeit, diese niedrigschwelliger und unbeobachteter durchführen zu können. Somit würde nun trotz der überraschenden Neuigkeiten – beziehungsweise gerade deswegen – weiterhin gelten, sich auf die inhaltliche Auseinandersetzung vorzubereiten. Und zwar mit allen im Gemeinwesen relevanten Akteur*innen gemeinsam!



„Fünf Blonde für uns fünf Blonde bitte!“: Rechtsextreme lehnen Vielfalt in der Gesellschaft ab. Bei öffentlichen Veranstaltungen kann ihre Anwesenheit andere Gäste verunsichern, verängstigen und sogar verdrängen.

PHASE 5: Alle relevanten Akteur*innen mit einbeziehen

So möge es auch in unserer fiktiven Gemeinde kommen: Innerhalb der Beratungsrunde wird beschlossen, zeitnah die Kommunalpolitik, die Polizei, den Wachschatz für die Veranstaltung sowie ein ortsansässiges Bürgerbündnis für Toleranz und Teilhabe in den Prozess zu involvieren. Ziel ist es, den bisherigen Beratungsprozess und insbesondere die abgestimmte Vorgehensweise im Umgang mit der Teilnahme des rechtsextrem geprägten Vereins am Sommerfest transparent zu machen und um Unterstützung zu werben. In der Gemeinde möchte man demonstrieren, dass die Bürgerschaft bei den schwierigen Themen nicht wegschaut, sondern an einem Strang zieht. Rechtsextremismus soll keine Frage sein, die sich einfach mit einer Kleiderordnung beantworten ließe.

Im Normalfall hat das Mobile Beratungsteam während eines längeren Beratungsprozesses wie diesem auch Kontakt zu weiteren Personen und Institutionen vor Ort, die sich mit den gleichen oder ähnlichen Themen wie die Beratungsnehmer*innen auseinandersetzen. Beratungsinterna hält das MBT bei diesen Terminen selbstverständlich zurück und versucht eher in fragender Haltung die Vielfalt der im Beratungsprozess aufgetauchten Perspektiven in die Überlegungen der Engagierten vor Ort einfließen zu lassen. Da die Berater*innen des MBT grundsätzlich selbst keine Akteursfunktionen ausüben, haben das Knüpfen weiterer Partnerschaften und die Integration dieser in den Beratungsprozess dabei durch die Initiativgruppe selbst zu erfolgen.

Der erste Versuch hierzu wird in unserem Beispiel alsbald unternommen. Die Beratungsrunde lädt zum nächsten gemeinsamen Termin neben dem MBT auch die Gemeindeabgeordneten ein. So erfährt die Runde von den gewählten Vertreter*innen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wie die in der Gemeindeversammlung vertretenen Fraktionen das entsprechende Thema bisher intern diskutiert haben.

PHASE 6: Mit Überraschungen ist zu rechnen!

Doch kurz nach dem Austausch verkündet Meier-Schultze, vom rechtsextrem geprägten Sportverein erfahren zu haben, dass sich dieser in den nächsten Wochen auflösen wolle. Somit wäre dessen Teilnahme am Wettkampf des Gemeindefestes im Sommer hinfällig. Grund sei vor allem die Beobachtung durch den Verfassungsschutz, aber auch der Druck aus der Öffentlichkeit.

Mit großer Zufriedenheit schauen alle Beteiligten auf dieses Ergebnis, das sie auch als eines ihres gemeinsamen Wirkens betrachten können. Zwar kann niemand genau sagen, wie sehr die Sportler*innen das Wissen über den kommunalen Diskussionsprozess in ihrer Entscheidung beeinflusst hat, aber dass die Beratung Wirkungen erzielt, war spätestens mit dem Einwilligen der problematischen Mannschaft deutlich erkennbar, Kleidung und Auftreten bei einer möglichen Teilnahme am Sommerfest anzupassen. Es macht sich Erleichterung breit, ohne das Thema für beendet zu erklären. Zu ungewiss ist, ob sich die Gruppierung tatsächlich zurückzieht, sich vielleicht nur formal auflöst und unter einem in der Öffentlichkeit unverbrauchten und unscheinbareren Namen neu gründet und beim Wettkampf eventuell doch antritt. So sollen die bisherigen Schritte und Ergebnisse des Beratungsprozesses auch in die Absprachen mit Polizei und Wachschatz im Vorfeld des Gemeindefestes einfließen.

PHASE 7: Fallbezogene Reflexion

Am Ende steht ein beispielhafter Erfolg für die Beratungsnehmenden aus dieser fiktiven brandenburgischen Gemeinde, der maßgeblich aber auch von externen Faktoren (Medienecho, Verfassungsschutz-Statement) beeinflusst wurde. Das Gemeindeoberhaupt und auch alle weiteren beteiligten Akteure können sich fortan auf eine jederzeit belastbare Arbeitsbeziehung mit dem MBT verlassen, wenn es um die Bearbeitung schwieriger Themen im Kontext rechtsextremer Umtriebe in der Gemeinde geht. Ein großer Gewinn für die erfolgreiche Bearbeitung des Konfliktes ist auch die Zusammenarbeit zwischen Veranstaltungsagentur und Gemeindeverwaltung – unabhängig von formalen Zuständigkeiten. Mitarbeitende auf beiden Seiten konnten innerhalb des Beratungsprozesses ihre Kompetenzen und Sensibilität im Bereich Rechtsextremismus erhöhen. Gemeinsam ist man nun auf jeden Fall für die Zukunft gerüstet, was die Auseinandersetzung mit politischen Themen bei Gemeindeveranstaltungen angeht. Es ist nun schwer vorstellbar, dass solche oder ähnliche politische und gesellschaftliche Herausforderungen in dieser Gemeinde künftig ausschließlich als rechtliche oder administrative Probleme verkannt werden und das Ringen um formale Zuständigkeiten deren Bearbeitung behindern. Weitere grundsätzliche Fragen über die (politische) Ausrichtung von Gemeindeveranstaltungen traten bei der Problembehandlung zum Vorschein: Können solche Zusammentreffen von Bürgerinnen und Bürgern unpolitisch sein? Wo hört politischer Raum auf? Welche Folgen hat der Ausschluss politischer Parteien von solchen Veranstaltungen für die

Wahrnehmung selbiger und die Sichtweise von Bürgerinnen und Bürgern auf die Demokratie?

Eine Schlüsselrolle inklusive einer spannenden Entwicklung wurde im hier skizzierten Beratungsprozess der Figur Meier-Schultze zugeschrieben. Mit der Moderation des Wettkampfes und als Schnittstelle zu den teilnehmenden Mannschaften führt sie tragende Funktionen für das Gelingen des Sommerfestes aus. Dies wurde von der Beratungsrunde anerkannt und dem Menschen Meier-Schultze damit Wertschätzung entgegengebracht. Wer gleichberechtigtes Mitglied der Runde sein darf, fühlt sich auch mitverantwortlich für die Bewältigung der in ihr behandelten Herausforderung. So kann aus einer möglicherweise als Bestandteil des Problems etikettierten Figur ein elementarer Teil der Lösung werden. Die Runde profitierte vom kurzen Draht Meier-Schultzes zum rechtsextrem geprägten Sportverein. Auf der Suche nach einer pragmatischen Lösung gelang es unserer Schlüsselfigur sogar, mit der problematischen Mannschaft eine Einigung über eine in Kleidung und Auftreten nach außen getragene Deradikalisierung zu erzielen. Auch den heftigen Gegenwind aus der Bürgerschaft der Gemeinde gegenüber diesen Sportler*innen transparent zu machen, war ein Verdienst von Meier-Schultze. Die Idealisierung des Wandels dieser Figur soll und kann natürlich keine Blaupause sein. Vielmehr soll sie die Haltung des Mobilien Beratungsteams verdeutlichen: Voreilige Kategorisierungen in Freund und Feind, Rechts und Links, Demokratieretter und Demokratiezerstörer, Gut und Böse etc. können Chancen verstellen, Menschen zu erreichen. Neben der Auslösung von Denk- und Reflexionsprozessen kann man im Idealfall mit dieser Haltung dazu beitragen, dass auch problematische Akteur*innen aktiv an Lösungen mitwirken.

Apropos Reflexion: Wer berät eigentlich die Berater*innen? Zur Beratungshaltung beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos gehört es, dass hier nicht mit fertigen Lösungskonzepten gearbeitet wird und die Berater*innen sich nicht als allwissend, sondern als ständig Lernende verstehen. So leben sie vom Austausch mit Kolleg*innen, Kooperationspartner*innen und selbstverständlich auch Beratungsnehmer*innen. Regelmäßig finden deshalb extern begleitete Supervisionen sowie interne Kollegiale Beratungen zwischen den MBTs mit unterschiedlichen regionalen Zuständigkeiten statt. Diese helfen dabei, sich auf bevorstehende Prozesse und Fallstricke vorzubereiten, Problemlagen besser einordnen und mögliche Lösungsansätze von verschiedenen Seiten beleuchten zu können

Klar wird anhand dieses Beispiels: Die Möglichkeiten von Berater*innen begrenzen sich auf das Setzen von Impulsen. Das klingt erst einmal nach nicht viel und ist im Ergebnis schwer greif- und messbar. Aber jeder Impuls erzielt in einem System Wirkungen, die dieses System unumgänglich verän-

dern. Wirkungen, und auch Nebenwirkungen, die man nicht vorhersehen, sondern nur beobachten kann. Und solche, die für Überraschungen sorgen können. Im besten Fall entwickelt sich ein Lernprozess für alle Beteiligten, so wie im hier skizzierten Fall. Und somit ein Gewinn für die Gesellschaft in Hinblick auf ihren weite(re)n Weg zur Demokratisierung. Denn Demokratie ist nie ganz und vollkommen, sondern bleibt ein stetiger Aushandlungs- und Aneignungsprozess.